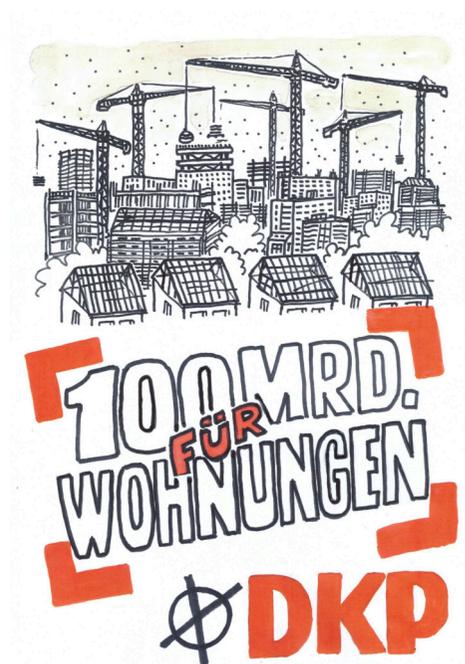


Butter statt Kanonen!

Was sollte der künftige Stadtrat ändern?

Kommunalpolitische Forderungen der DKP Köln



Walter Stehling, Wahlkampfplakat, 2022

Immerhin wohnen 81 Prozent der Kölnerinnen und Kölner gerne in ihrer Stadt. Aber vor acht Jahren waren das noch 86 Prozent. Aber die große Mehrheit ist unzufrieden mit der Arbeit der Stadtverwaltung. 78 Prozent geben an, Köln habe sich nachteilig entwickelt. Vor acht Jahren waren es noch 41 Prozent, die so dachten. Besonders unzufrieden sind die Älteren. 81 Prozent sehen die Entwicklung negativ.

Wahlprogramm DKP Köln:

- Bezahlbare Mieten!
- Gesundheit vor Profit!
- Gute kostenlose Bildung für alle!
- Kommunale Kulturpolitik
- Kölner Haushalt - Butter statt Kanonen!

Das ist das Ergebnis einer Forsa-Umfrage, über die die Kölnische Rundschau am 12. Juli 2025 informierte, neun Wochen vor der Kommunalwahl. Als größtes Problem wird der Verkehr wahrgenommen (zu 81%), es folgt der Wohnungsmarkt mit 39 %. Dreck und Vermüllung werden von 31 % kritisiert, der Zustand der Schulen von 22 % der Befragten.

Insgesamt sind 78 % mit der Arbeit der Stadtverwaltung nicht zufrieden. Vor acht Jahren waren das noch 46 % der Befragten. Nur 17 % sind mit ihr zufrieden. OB Reker bescheinigen 28 % eine gute Arbeit, aber 69 % sind mit ihr unzufrieden.

Was läuft denn falsch in Kön? Was sollte der Rat, der am 14. September 2025 neu gewählt wird, anders machen? Die DKP Köln macht Vorschläge (siehe Kasten).

Die aktuelle Unzufriedenheit mit dem Kölner Verkehr erklärt sich zunächst mal durch die unverfrorene Preispolitik der KVB, die Unzuverlässigkeit von Bahn und Bus sowie die Ausdünnung der Fahrpläne. Vor diesem Hintergrund fühlen sich die Autofahrer durch die Verringerung von Parkplätzen, die Erhöhung der Gebühren fürs Parken einschließlich des Anwohnerparkens zu Recht schikaniert.

Denn die schikanösen Maßnahmen verfehlen die Ziele, die vorgeblich damit erreicht werden sollen. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) wird nicht geringer. Er liegt mittlerweile bei

43 % des Verkehrsaufkommens und steigt. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bewältigt noch 21% des Aufkommens. Aber diese Menge sinkt angesichts der Preissteigerungen, unzureichender Verbindungen und langer Wartezeiten. Auch die Alternative Fahrrad wird angesichts hoher Unfall-



Walter Stehling, *Smog*

zahlen und fehlender Radwege zu wenig angenommen.

Stattdessen treiben U-Bahn-Mammutprojekte die kommunalen Ausgaben in die Höhe. Sie landen bei den großen Baukonzernen als Gewinn.

Abriss/Neubau der Rodenkirchener Brücke würde jahrelangen Ausweichverkehr von der A4 durch die Kölner City bedeuten. Die Ertüchtigung dieser Brücke für die geplanten 60-Tonner ist überflüssig und teuer. Schwerlastverkehr gehört auf die Bahn!

Die DKP Köln fordert Fahrpreissenkungen im ÖPNV und ein Sozialticket. Das Deutschland-Ticket muß zum Preis von 48 Euro zurückkehren. Insgesamt darf das Netz der KVB nicht ausgedünnt werden, sondern muß ausgebaut werden. Auch die Außenbezirke der Stadt sollen schnell und gut erreichbar sein. Im einzelnen teilt die DKP Köln die Forderungen des „Bündnis Verkehrswende Köln“

Wir fordern

- Keine Ost-West-U-Bahn: damit wird nur Platz gemacht für noch mehr Autos und für Grundstücksspekulation mit Bauland. Die Alternative heißt „oben bleiben“: Straßenbahnen mit verbesserter Taktung und Ausweitung der Fahrzeiten auf die Nachtstunden.
- Eine deutlich bessere Anbindung des Umlandes gäbe es mit einer Ring-S-Bahn um die Außenbezirke.
- Eine Promenade vom Heumarkt bis zum Aachener Weiher, Freistellung des Neumarktes vom Autoverkehr auf drei Seiten. Erhalt der Platanen am Neumarkt.
- Darüber hinaus soll auch die Kalker Hauptstraße Fußgängerzone werden.
- Keine neue Rheinquerung ausschließlich nur für den Autoverkehr, Ausbau der Bahnquerungen und Errichtung einer Fußgänger/Radfahrerbrücke.
- Wassertaxis und Seilbahnen sind als preiswerte Alternative zu Tunneln und Trassen zu prüfen.
- Einsatz von Expressbussen auf separaten Busspuren wären eine gute Alternative nicht nur für Pendler, zum Beispiel zwischen Kalk und Mülheim.
- Sichere Fahrradstraßen und Wege, die sich vernetzt durch die ganze Stadt ziehen.
- Verbesserung des Angebots an Park & Ride Parkplätzen um den Umstieg auf den Öffentlichen Personennahverkehr zu erleichtern.

Wir unterstützen auch die Forderungen der Bürgerinitiative „A4Minus“.

- Kein Ausbau der A4 auf 8 Spuren, also vollständiger Erhalt des Gremberger Wäldchens.
- Kein Abriss und Neubau der Rodenkirchener Brücke.

Bezahlbare Mieten! Gegen Zwangsräumungen!

Die Wege zur Arbeit werden immer länger. Das Verkehrsaufkommen steigt, weil unbezahlbare Mieten die Einwohnerinnen und Einwohner aus Köln vertreiben. Aus der katastrophalen Wohnungspolitik folgen lange Wege zur Arbeit und ein hohes Pendleraufkommen. Indessen sorgen die Marktgesetze mittlerweile auch im Umland von Köln für hohe Grundstückspreise und Mieten.

Grund und Boden kann man nicht vermehren. Aber es wird damit spekuliert. Selbst unbebaut gewinnen die Grundstücke stetig an Wert. Das ist ein Grund dafür, dass in Köln der Wohnungsbau stockt. 10.308 Wohnungen waren im Jahr 2024 genehmigt. Der Überhang an Baugenehmigungen ist so hoch wie nie seit 2010. Aber die Bautätigkeit sinkt. Kümmerliche 1819 Wohnungen sind im vergangenen Jahr entstanden. Der Mangel an Wohnungen treibt die Mieten in die Höhe.

Was ist zu tun? Die Grundstücksflächen müssen der Spekulation entzogen wer-

den. Die Vergabe von kommunalen Grundstücken ist allenfalls verantwortlich, wenn sie in Erbpacht erfolgt. Aber tatsächlich werden immer noch Grundstücke aus städtischem Eigentum verkauft. Das muss aufhören.

Schon 1967 hat das Bundesverfassungsgericht zum Thema Eigentum an Grund und Boden geurteilt: „Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, ver-

„
**GRUND & BODEN
 KÖNNEN ZUM
 ZWECKE DER
 VERGESELL-
 SCHAFTUNG IN
 GEMEINEIGENTUM
 ÜBERFÜHRT
 WERDEN.**
 “

Grundgesetz, Artikel 15

Die Deutsche Wohnen schadet nicht nur ihren Mieter:innen, sondern liegt dem Allgemeinwohl, bis insin in öffentlichen Recht, damit sie Teil der Lösung werden kann.

Die Deutsche Wohnen ist mit 100.000 Wohnungen in Berlin das größte private Immobilienunternehmen. Der Großteil dieser Wohnungen gehören früher dem Land Berlin, bis es 2007 privatisiert wurde.

Heute macht die Aktiengesellschaft Schlüsseln mit schlechtesten Mietpreisen, fragwürdigen Aufträgen und Mietungsauflagen.

Daher: Bitte tragen Sie bei Mietgesprächen, Wohnungskörnern wie auch Verträgen und anderen systematisch zu Mietsteigerungen und Verdrängung bei. Das oberste Ziel solcher Unternehmen ist die Profitmaximierung.

Wohnen ist Menschenrecht!
Wir fordern die Deutsche Wohnen und Co. zu entzinsen!

Schließen wir uns zusammen und haben wir eine bessere Zukunft!

**DEUTSCHE
 WOHNEN
 ENTEIGNEN**

bietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit beim Boden in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern.“

vilegien für gemeinnützige Wohnungsgesellschaften und Mietpreisbindungen gelten nicht mehr, Wohnungsbelegungsrechte verschwinden. Es wurden kommunale und Werkswohnungen, Bestände von Post, Bahn und anderen öffentlichen Arbeitgebern auf den Markt geworfen. In wenigen Jahren waren das über eine Million Wohnun-



www.rechtaufstadt.koeln, Protest gegen immer mehr EIGENBEDARF-KÜNDIGUNGEN! am 11. Mai 2024

Aber offenkundig gelten die „Interessen der Allgemeinheit“ immer noch nicht. Es muss aufhören, dass öffentlicher Grundbesitz veräußert und privatisiert wird. Er ist vielmehr zu vermehren. Zudem: Seit dem Ende der Wohnungsgemeinnützigkeit im Jahr 1990 kennt die Spekulation auf dem Wohnungsmarkt keine Grenze. Steuerpri-

gen. Sie erwirtschaften nunmehr Rendite. An die Stelle der Gemeinnützigkeit treten Wohngeldregelungen und sozialhilferechtliche Vorschriften. Solche Maßnahmen sind sicher nicht abzulehnen, aber sie dienen zunächst dazu, die Mietsteigerungen zu subventionieren und an den Vermieter durchzureichen.



Plakat aus dem Jahre 2014, Foto: Klaus Stein

Die Förderung von Sozialwohnungen hat keineswegs den Auftrieb der Grundstückspreise verhindert. Stattdessen fordern wir, die Gemeinnützigkeit von Wohnungsgesellschaften wieder gesetzlich zu verankern. Gemein-



Walter Stehling, Wahlkampfplakat, 2022

nütze Wohnungsgesellschaften sollen von Steuern befreit werden, sofern sie auf Rendite verzichten und nach sozialen Gesichtspunkten vermieten. Mieten steigen ständig. Kündigungen und häufige Wechsel der Mieterinnen

Wir wollen gesetzliche Regelungen im Sinne der Mieterinnen und Mieter. Wir kämpfen gegen Grundstücksspekulation, fordern die Vergesellschaftung von Grund und Boden, öffentlichen Wohnungsbau und eine Neue Wohnungsgemeinnützigkeit.

Wir fordern

- Große Wohnungskonzerne gehören in öffentliche Hand! Dafür ist seinerzeit das Grundgesetz und seine Artikel 14 und 15 beschlossen worden. Eine Enteignung ist zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt werden. Folglich gehören Wohnungskonzerne in demokratisch kontrolliertes Gemeineigentum!

Wir unterstützen die Kampagne Mietendeckel.

- Wir fordern einen sofortigen Mietestopp, der Mieterhöhungen in ganz Deutschland für sechs Jahre verbietet.
- Schluss mit Zwangsabschaltungen bei Strom und Gas, wir wollen die Garantie der Grundversorgung mit billiger Haushaltsenergie!

und Mieter lohnen sich für die Eigentümer, zumal die einschlägigen Gesetze ihre Position stärken. Die Regelungen zu Modernisierung und Eigenbedarf erleichtern Kündigungen und benachteiligen die Mieter.

Was hilft? Aktionen gegen Verdrängung, Leerstand, Zweckentfremdung, Zwangsräumungen und Wohnungsnot. Die DKP beteiligt sich an den einschlägigen Initiativen.



Dom Brauerei Brache, Alteburger Str.: Außer zig Mio.€ Reibach für Bauwens-Adenauer, seit anderthalb Jahrzehnten keine neuen Wohnungen!



Gesundheit vor Profit!

Verantwortlich für den desaströsen Zustand der Gesundheitsversorgung ist die seit Jahrzehnten betriebene Ökonomisierung des Gesundheitswesens, die der Gewinnorientierung dient. Vor al-

tel der einst bundesweit 2400 Kliniken mussten seitdem dicht machen, vor allem solche, die meist in öffentlicher Hand eine umfassende medizinische Versorgung anbieten. Der Anteil der Krankenhäuser in privater Hand, die sich vor allem auf besonders profitable

Die Schließung der städtischen Kliniken muss verhindert werden!

Die DKP Köln unterstützt deshalb die Initiative „Erhalt von Krankenhaus Holweide und Kinderklinik Amsterdamer Straße“ sowie Solimed Köln mit dem Plan, in Köln-Kalk ein Stadtteilgesundheitszentrum einzurichten.

Wir fordern

- Erhalt der Kinderklinik und der städtischen Klinik Holweide.
- Gemeinwohlorientierung und Gewinnverbot!
- Ein gemeinwohlorientiertes, patientenorientiertes, barrierefreies Gesundheitswesen.
- Stopp der Privatisierung von Krankenhausträgern und ambulanter Einrichtungen.
- Abschaffung des DRG-Fallpauschalen-Systems.
- Gute Arbeitsbedingungen und verbindliche Personalschlüssel für alle Bereiche im Krankenhaus.
- Den Ausgleich des Investitionskostenstaus für die Krankenhäuser, der sich aktuell auf 17 Milliarden Euro beläuft.

lem seit der Einführung des Systems der Fallpauschalen vor über 20 Jahren sind die Krankenhäuser gezwungen, Kosten einzusparen und Profite zu erwirtschaften. Die Folge: Personal wird eingespart, Betten reduziert und die Patienten möglichst schnell durch die Fabrik Krankenhaus geschleust. Eine weitere Folge ist die Privatisierung der Krankenhauslandschaft. Etwa ein Vier-

Behandlungen wie Knie- und Hüftgelenkoperationen beschränken, hat sich hingegen in den vergangenen Jahren verdoppelt.

Krankenhäuserkonzerne wie Helios oder Asklepios machen Milliarden-Profit. Die Kölner und Kölnerinnen erleben die Auswirkungen eines Gesundheitssystems, das in erster Linie auf Gewinn

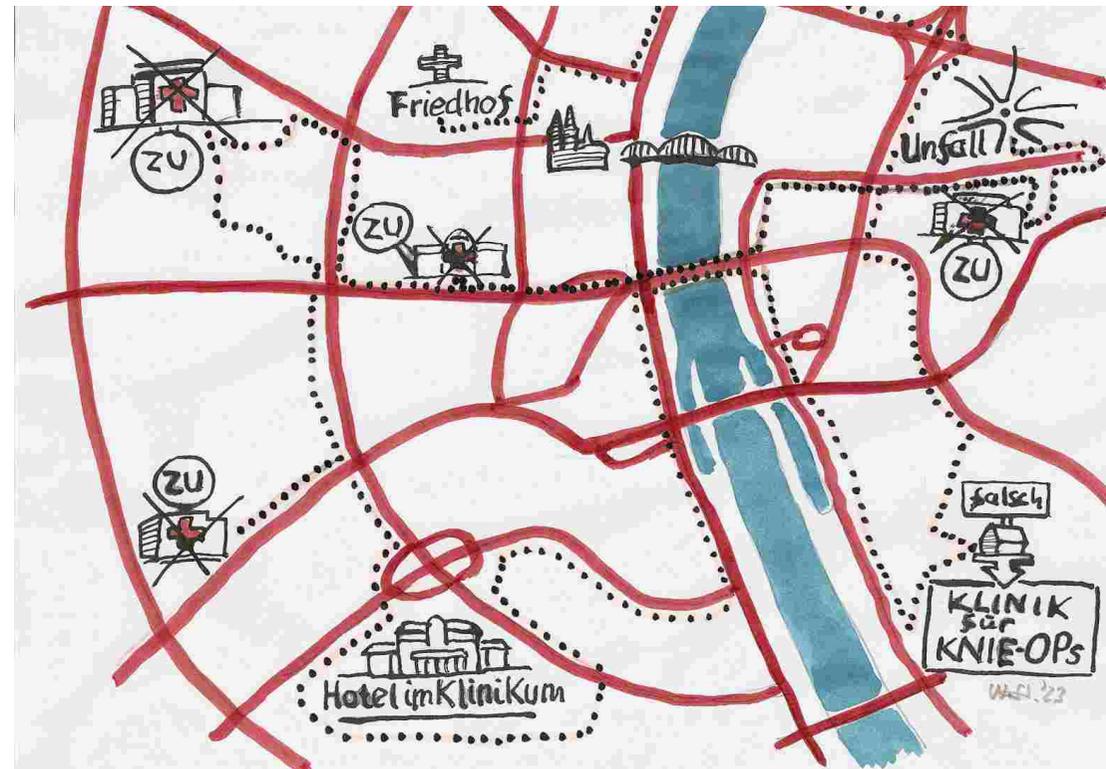
und nicht auf den Patienten ausgerichtet ist, jeden Tag: überlange Wartezeiten; Ärzte bei denen man erst nach Monaten einen Termin erhält, eine pflegerische Infrastruktur, die zerfällt sowie die Abnahme der Hausärztdichte in den Veedeln. Wer arm ist oder in unsicheren Verhältnissen lebt wie z.B. Flüchtlinge, ist überproportional gefährdet, ernsthaft krank zu werden. Wer einer Lohnarbeit nachgeht, ist dem Terror von Stress, Hetze und mangelhaftem Arbeitsschutz ausgesetzt.

Vermögende dagegen kaufen sich die gute Versorgung.

Vor zwei Jahren hat der Stadtrat beschlossen, zwei der drei städtischen Kliniken zu schließen, die Kinderklinik in Riehl und die Klinik in Holweide. Alle drei städtischen Kliniken sollen in Merheim zentralisiert werden. Es geht dabei um die Steigerung der ökonomischen Effizienz, zu Lasten einer wohnortnahen medizinischen Versorgung.

Die Gesundheitsversorgung in Köln ist je nach Stadtteil ungleich verteilt. Ärmere Stadtteile sind schlechter gestellt.

Um es deutlich zu sagen: Der Wegfall von zwei Notaufnahmen wird Menschenleben kosten.



Walter Stehling, *Hotel im Klinikum*, 2023

Gute Bildung!

Kostenlose und umfassende Bildung für alle !

Bei kaum einem Thema sind sich Parteien nach außen hin so einig wie bei der Bildung. Auch in Köln werden CDU, SPD, Grüne und Co nicht müde, die Wichtigkeit von guter Bildung und die Notwendigkeit von Investitionen zu betonen, Kinder seien schließlich „unsere Zukunft“. Doch dass solche Slogans und Versprechen nach der Wahl nicht mehr viel wert sind, zeigt die Situation an Kölns Kitas, Schulen und Hochschulen anschaulich.

Trotz gesetzlichem Anspruch gibt es nur für ungefähr die Hälfte aller unter Dreijährigen einen Kita-Platz, Jahr für Jahr gibt es für Hunderte Kölner SchülerInnen keinen Gesamtschul- oder wohnortnahen Grundschulplatz und Studierende verzweifeln nicht am Studium, sondern an Wohnungssuche, Wuchermieten und langen Fahrzeiten.

Bildung ist eine Klassenfrage

Alle Bildungsbereiche eint ein riesiger Investitionsbedarf, der sich seit Jahren kaum verringert hat. Dahinter steckt aber nicht (nur) politische Unfähigkeit, sondern System: anstatt als Stadt selbst neue Schulen zu bauen und die maroden zu sanieren, wird dies immer häufi-

ger in sogenannten „öffentlich-privaten Partnerschaften“ (ÖPP) an private Investoren ausgelagert, d.h. Privatunternehmen betreiben eine Schule nach Bau oder Sanierung 25-30 Jahre und die Stadt zahlt hierfür eine Miete. Die Stadt „spart“ zunächst das Geld für die Schulinvestitionen, zahlt dieses dafür aber über Jahrzehnte samt saftiger Renditen ab. Wenn die Schule dann wieder sanierungsbedürftig ist, bekommt die Stadt die volle Verantwortung zurück. Am Ende ist dieses Modell nur eins: ein Geschenk für Banken und Bauunternehmen, denen langfristige und sichere Renditen nahezu ohne Risiko winken.

Auch woanders zeigt sich der Charak-

Warum wohl, Herr Bundespräsident?

„Für Deutschland beginnt eine Ära des Gegenwinds – auf uns kommen schwierige, sehr schwierige Jahre zu.“

Deutschland steckt in der tiefsten Krise seit der Wiedervereinigung.“

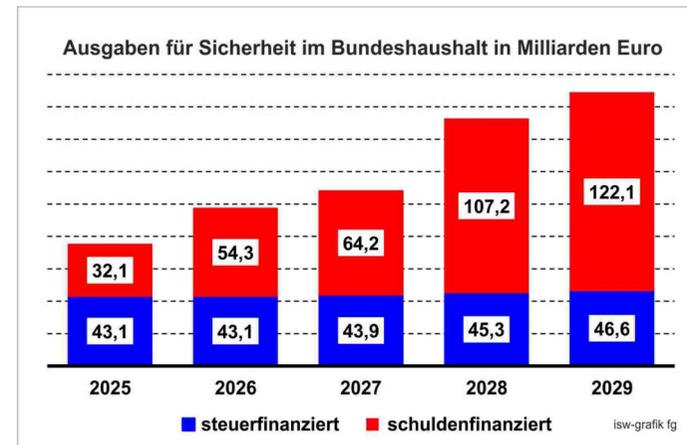
Frank-Walter Steinmeier am 28. Oktober 2022 in seiner Grundsatzrede zur Lage der Nation

Gute Bildung nur mit guten Beschäftigungsbedingungen!

ter kapitalistischer Bildungspolitik: während Kinder reicher Eltern im Zweifel auf Privatschulen gehen und sich zum Studieren teure Wohnungen leisten können, trifft die Bildungskrise Menschen mit geringem Einkommen besonders hart. Dass das Kita-Essen in Köln 2025 um 70 % teurer wurde, führt bei Reichen vielleicht zu Stirnrundeln, bei Armen zum Hungern. Auch fällt der Unterricht an Schulen in ärmeren Veedeln deutlich häufiger aus als in reicheren. Die Antwort auf die Frage, wer sich die durchschnittlich 22 € pro Nachhilfestunde in Köln leisten kann und wer nicht, liegt ebenfalls auf der Hand. Das alles zeigt: Bildung ist eine Klassenfrage.

Ein wesentlicher Faktor der bundesweiten Bildungskrise, die auch vor Köln nicht haltmacht, sind die schlechten Arbeitsbedingungen an Kitas, Schulen und Unis. So ist der Krankenstand bei den ErzieherInnen höher als in allen anderen Beschäftigtengruppen: knapp 30 Tage Arbeitsunfähigkeit – gegenüber rund 20 Tagen im Schnitt aller Branchen. Beim Kölner Kita-Report des DGB gaben Fachkräfte für knapp die Hälfte aller Kitas an, dass der ohnehin schon ungenügende Fachkraft-Kind-Schlüssel

an bis zu zehn Tagen im Monat unterschritten wurde. In über 60 % der Kitas berichten die befragten Fachkräfte, dass sie häufig oder oft allein in der Gruppe sind. An den Schulen ist die Situation nicht besser: bei einer Umfrage der GEW unter allen Beschäftigten an nordrhein-westfälischen Schulen gaben die Beschäftigten auf einer Skala von 0 bis 10 den Grad ihrer Überlastung im Durchschnitt mit 8,21 an. Diese



Diese Zusammenstellung lesen wir in der *Süddeutschen Zeitung* vom 29.7.2025 unter der Überschrift „Aufrüsten auf Pump“.

Die Werte umfassen nicht nur den reinen Verteidigungshaushalt (dieser umfasst aber mehr als 80 % dieser Gesamtsumme), sondern auch Ausgaben für die Ukraine-Hilfe, für die Geheimdienste, für den Zivilschutz usw. Die SZ hat die Daten aus „Regierungskreisen“.

Quelle: ISW München, <https://www.isw-muenchen.de>

Zahlen zeigen, dass sich der Bildungsnotstand ohne deutlich bessere Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen und LehrerInnen nur verschlimmern wird.

Kostenlose Bildung für alle!

Was es braucht, ist kostenlose Bildung

für alle: von der Kita bis zum Uniabschluss. Für jedes Kind muss die Stadt einen wohnortnahen Kita- und Schulplatz zur Verfügung stellen, für jeden Studierenden einen Wohnheimplatz.

Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf – dies betrifft in Köln derzeit fast jedes zehnte Kind – müssen die notwendige Unterstützung erhalten. Dafür braucht es neben ausreichend und gut ausgebildeten ErzieherInnen und LehrerInnen auch weitere psychologische und pädagogische Fachkräfte. Inklusion ist richtig und notwendig, aber Kinder mit Förderbedarf ohne ausreichend Betreuung in sowieso schon überfüllte Klassen zu stecken, nützt weder den Kin-

dern noch den LehrerInnen.

Die Stadt muss zudem die Verantwortung für den Bau und den Betrieb von Kindergärten, Schulen und Wohnheimen selbst übernehmen und darf diese nicht an freie Träger und Private auslagern.

Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und gehört in öffentliche Hand. Schließlich hat die Stadt sicherzustellen, dass Bildungseinrichtungen

Orte des Lernens sind, das bedeutet: kein Werben fürs Sterben – Bundeswehr raus aus Schulen und Unis!

Das Bildungswesen soll eine demokratische Allgemeinbildung vermitteln. Wir wollen eine Schule für alle, in der Kinder und Jugendliche in die Lage versetzt

werden, als gesellschaftliche Subjekte zu denken, zu handeln und so das Versprechen der Demokratie (= Herrschaft des Volkes) einzulösen. Die Stadt ist in der Pflicht, zunächst die materiellen Bedingungen dafür bereit zu stellen.

Wir fordern:

- Bau und Betrieb von ausreichend Kitas, Schulen und Studentenwohnheimen durch die Stadt!
- Kostenlose Verpflegung in allen Bildungseinrichtungen!
- Einstellungsoffensive in Kitas und Schulen, bedarfsgerechter Betreuungsschlüssel in allen Einrichtungen!
- Ausbildung und Einstellung von ausreichend SonderpädagogInnen und SchulbegleiterInnen!
- Werbeverbot für die Bundeswehr an allen Kölner Schulen und Unis!

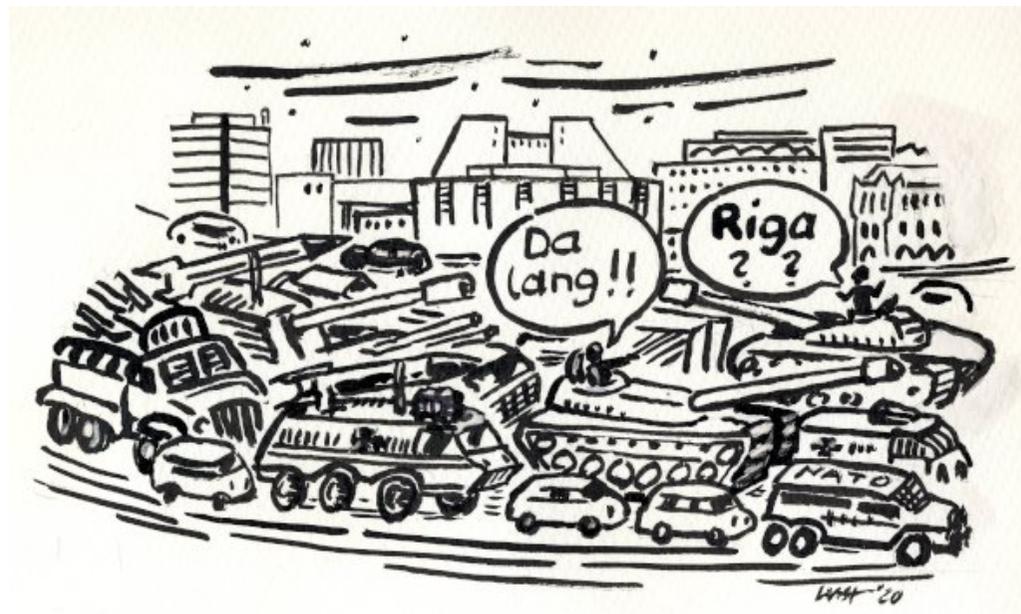
Kommunale Kulturpolitik in Köln

Für eine lebendige Alltagskultur für alle!

Die Teilhabe an Kultur und Bildung ist eng an den Kampf um die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen gebunden. Wer Museen gegen Bibliotheken, Sportplätze gegen Konzerthäuser

Die DKP Köln lehnt ein Auspielen von Hoch- gegen Pop- oder Freie Kultur ab. Im Gegenteil muss auch die Hochkultur den einfachen Menschen zugänglich sein. Genauso, wie die städtischen Museen.

Gerade in der Krise darf die Kultur nicht vergessen werden, sind umfangreiche Hilfen notwendig. Angesichts der ausufernden Kosten bei den laufenden Projekten, wie etwa Opersanierung, Historisches Archiv und Jüdisches



Walter Stehling, *Defender 2020 Demnächst auf der Nord-Sued-Fahrt in Köln, 2020*

Die Kölner Oper in den Zeiten der Kriegsertüchtigung

ausspielt, schadet damit der kulturellen Entwicklung seiner Stadt. Gerade im kulturpolitischen Kampf ist immer zu hinterfragen: Wem nützt das? Ist das für alle zugänglich? Hebt es die allgemeine Lebensqualität? Kann man da auch noch was lernen?

Museum, ist eine grössere Transparenz und die Loslösung von den Interessen der Bauwirtschaft zu fordern. Zwar ist die „Neuen Mitte“ gestorben, dennoch legt die DKP ihr Augenmerk auf das Zeughaus, dessen Verramschung und Umwandlung zum Luxushotel es zu

verhindern gilt. Stattdessen wäre dort, beispielsweise die Unterbringung der international renommierten Kunst- und Museumsbibliothek zu überlegen, die von der Auflösung in verschiedene Standorte, womöglich auch durch Schließung bedroht ist.

Wir fordern:

- Keine Kürzungen bei Bürgerhäusern, sondern deren Ausbau als zentrale Träger breiter und preiswerter Angebote in den Stadtvierteln.
- Keine Schliessung von Hallenbädern und Sportstätten. Förderung des Breitensports.
- Keine weitere Schliessung sondern Ausbau und Förderung von Stadtteilbibliotheken und
- Bildungseinrichtungen. Breitere und verbesserte Bildungsangebote.
- Besserer und regelmässiger Kunst-, Musik und Sportunterricht an den Schulen.
- Förderung statt Verdrängung von selbstverwalteten Kunst- und Kultureinrichtungen, evt. Ausbau zu Nachbarschaftszentren. Hilfe zur Selbsthilfe.
- Keine Kürzungen bei Freien Theatern und Projekten.

Kultur lohnt sich. An ihr misst sich der Lebenswert einer Metropole.

Die DKP unterstützt in der Krise alle

Kunst- und Kulturschaffenden als Teil der Klasse der Werktätigen in ihren sozialen Anliegen.

Was der arbeitende Mensch aber auch braucht, ist eine Kürzung der Arbeitszeit, um überhaupt Zeit zu haben für Gesellschaft und Kultur.

Kölner Haushalt

Geld für Wohnen, Bildung und Soziales statt für Rüstung!

Die finanzielle Lage der Stadt Köln ist katastrophal. Der Schuldenberg Kölns und der Kommunen im allgemeinen wird immer größer und ist auf der Grundlage der gegenwärtigen Gesetzeslage nicht mehr abzutragen. Die öffentlichen Aufgaben werden systematisch vernachlässigt, die Infrastruktur liegt brach. Brücken, Straßen, Schulen und öffentliche Gebäude sind marode. Bibliotheken, Schwimmbäder, Beratungsstellen und Sozialeinrichtungen werden geschlossen. Öffentliche Räume und Flächen veröden und verschwinden. Geselligkeit und Kultur werden zunehmend kommerziell organisiert. Und auch für die Schaffung preiswerten Wohnraums ist angeblich kein Geld da.

Gekürzt wird bei den sogenannten freiwilligen Leistungen im Kultur- und Sozialbereich und bei den Ärmsten. Der Kölner Doppelhaushalt für 2025/26 sieht für das laufende Jahr Einsparungen in Höhe von 93 Mio.

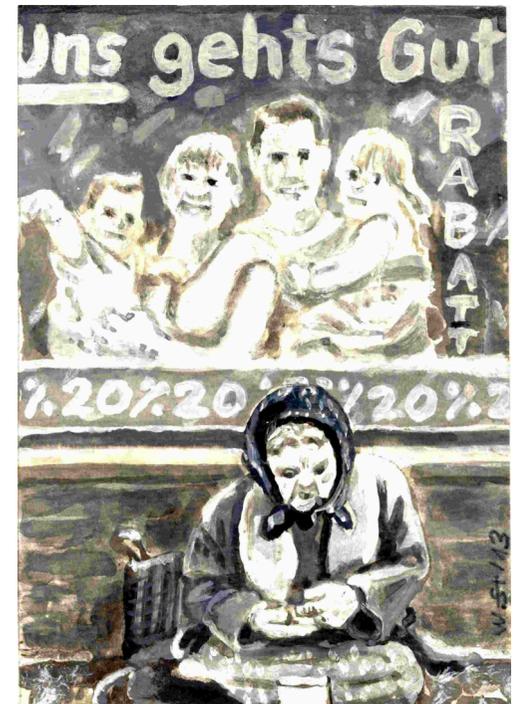
Euro vor. Diese betreffen vor allem die Träger der Freien Wohlfahrtspflege, soziale Einrichtungen und Hilfen. Kürzungen sind bei der Kinder-, Jugend- und Flüchtlingshilfe vorgesehen. Oft sind es nur kleine Beträge, die eingespart werden sollen, obwohl sie nur einen Bruchteil des Haushalts ausmachen. Aber sie bedeuten das Aus für die davon betroffenen Einrichtungen und einen weiteren Verlust an Lebensqualität für uns alle.

Hinzu kommen Gebühren- und Preiserhöhungen. Vorgesehen sind Gebührenerhöhungen bei der Kinderbetreuung im offenen Ganztage, den städtischen Parkhäusern, der Stadtbibliothek und den Museumseintritten. Das Kita-Essen wird teurer. Anwohnerparken kostet zunächst 100 Euro statt wie bisher 30 Euro. Auch bei der Stadtverwaltung soll eingespart werden. Freiwerdende Stellen in der Stadtverwaltung bleiben erst einmal unbesetzt, mit der Folge steigender Arbeitsbelastung. Alles, was dann nicht mehr von der kommunalen Verwaltung geschafft werden kann, wird an private Unternehmen zu gewinnbringenden Bedingungen ausgeschrieben. Zehntausende Menschen protestierten gegen

die Kahlschlagspläne der Stadt. Immerhin wurden aufgrund dieser Proteste die Streichung der Fördergelder für einige Träger im Volumen von 21 Mio. Euro wieder zurückgenommen.

Widerstand lohnt sich!

Wenn es aber darum geht, Banken, Bauindustrie und Wohnungskonzerne zu beschenken, wird nicht gekleckert. Bei den vielen überbewerteten Großprojekten wird nicht nach den Kosten gefragt. Sie sind vom Sparzwang ausge-



Walter Stehling, Illustration für *Et kommenistische Manifeß op Kölsch*, 2016

nommen. So belaufen sich beispielsweise die Renovierungskosten der Oper auf inzwischen über 1,5 Milliarden Euro. Die Verschuldung der Städte und Gemeinden ist kein unabwendba-

Impressum:

Herausgeber:

Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt

Eigendruck

Kontakt:

vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Walter Stehling;

Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen

res Schicksal, sie ist organisiert und politisch gewollt. Auf die Kommunen werden die Kosten für den grenzenlosen Aufrüstungskurs der Bundesregierung abgewälzt. Bund und Länder übertragen Aufgaben an die Kommunen ohne für die entsprechende Finanzierung zu sorgen. Dazu zählen die Ganztagsbetreuung in den Schulen und die Versorgung von Geflüchteten. Sparmaßnahmen und der Verkauf von kommunalem Eigentum erscheinen als zwangsläufige Folge und alternativlos. Im Falle der Privatisierung kommunaler Betriebe treiben die Gewinnerwartungen der privaten Eigentümer die Preise zusätzlich in die Höhe.

Das muss sich ändern!

Die DKP fordert, dass kommunales Eigentum erhalten bleibt und ohne Gewinnerorientierung zugunsten von uns Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird.

Wir kämpfen für eine lebenswerte, menschliche, kulturvolle Stadt mit erreichbaren und reichhaltigen Bildungsangeboten.

Wir wollen bezahlbaren Wohnraum, wehren uns mit den Betroffenen gegen Zwangsräumungen und Stromabstellungen. Die Umverteilung von Arm zu Reich muss die Richtung ändern.

Was mittels „Sondervermögen“ für Waffen und Krieg verschleudert wird, kann nicht mehr für die Daseinsvorsorge ausgegeben werden.

Butter
und
Kanonen -
das geht nicht!

Wir fordern:

- Schuldenschnitt statt Schuldenbremse. Schluss mit der Abwälzung der Kosten für Krisenbewältigung und Aufrüstung auf die Kommunen
- eine ausreichende Finanzierung der Kommunen durch das Land, wenn es Aufgaben auf diese überträgt.
- Schluss mit der Privatisierung kommunalen Eigentums. Der Bereich der Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.
- Verbesserung der Einnahmeseite der Kommunen durch einen größeren Anteil an den Gemeinschaftssteuern.
- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Anstatt bei den Ärmsten zu kürzen sollen die Reichen zahlen.
- Geld für Wohnen, Bildung und Soziales statt für Rüstung.

Unser nächster Gruppenabend:
4. Montag im Monat, 19:30 Uhr
Kartäuserwall 18, Halle
Schau doch mal vorbei!